

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 95 (2015)
Heft: 1023

Artikel: Schauen Sie in den Spiegel!
Autor: O'Neill, Brendan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-736068>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1 Schauen Sie in den Spiegel!

Wie Sie Ihre Kinder erziehen, ist nicht Ihre Privatsache. Sex haben will gelernt sein. Und worin Ihr persönliches Glück besteht, sagen Ihnen freundlicherweise angebliche Experten. Das finden Sie okay? Dann sollten Sie John Locke lesen. Dringend.

von *Brendan O'Neill*

Zunächst möchte ich sagen, dass ich «Nanny-Staat», diesen modischen Begriff für den überfürsorglichen Staat, eigentlich verabscheue.

Zum einen finde ich ihn daneben, weil ich meine eigene Nanny, so nannten wir meine Grossmutter, ziemlich gern hatte. Ich mochte sie nicht zuletzt deshalb so sehr, weil sie das absolute Gegenteil des Nanny-Staats war. Ihr tägliches Frühstück bestand aus einer Flasche Starkbier. Sie ass immer nur altes Brot, weil es ihr besser schmeckte. Sie rauchte die ganze Zeit, und wenn jemand sich mal über ihren Zigarettenrauch beschwerte, bot sie an, man könne ja jederzeit nach draussen gehen, bis sie zu Ende geraucht habe. Da, wo meine Familie herkommt, in den Hochmoorgegenden im Westen Irlands, waren Nannys und Omas ziemlich hart im Nehmen. Sie lebten zwar unfassbar ungesund, schafften es aber dennoch irgendwie, hundert Jahre alt zu werden.

Der zweite Grund, warum ich den Ausdruck «Nanny-Staat» verabscheue, liegt darin, dass er nach meiner Auffassung das autoritäre Grundproblem, dem wir uns als Bürger im 21. Jahrhundert gegenüberstehen, massiv unterschätzt. Der Begriff klingt so drollig, dass man glauben könnte, wir seien von rechthaberischen Mary-Poppins-Gestalten umgeben, die uns mit dem erhobenen Zeigefinger drohen, wenn wir unartig sind. Dem Begriff zufolge liegt das Problem mit dem heutigen Staat darin, dass er etwas bevormundend und weinerlich ist. Als würde er uns unsere Zigaretten wegnehmen wollen oder uns davon abhalten, Partys zu feiern. Zwar werden wir in der Tat von Spielverderbern regiert, denen es missfällt, wenn wir die Sau rauslassen, aber das macht nur einen kleinen Teil einer weitaus grösseren Problematik aus.

Wir leben unter Regierungen, die erbarmungslos ins Familienleben, ins häusliche Leben und ins Privatleben eingreifen. Regierungen, die wie selbstverständlich den Eltern sagen, wie sie ihre Kinder zu erziehen haben, oder Erwachsenen vorschreiben, wie sie Sex haben sollen. Sie ahnden nicht nur Verstösse gegen das Gesetz, sondern machen sich daran, das Verhalten, die Körper und sogar unseren Geist umzuformen. Die westlichen Staaten haben keine Wertschätzung gegenüber dem moralischen Innenleben der Individuen mehr. Und das ist weder drollig noch exzentrisch noch lustig.

Brendan O'Neill

ist Buchautor und Chefredaktor des britischen Online-Magazins «Spiked», das aus «Living Marxism» hervorging, der Zeitschrift der einstigen revolutionären marxistischen Partei Englands.

Freiheitlich denkende Menschen konzentrieren sich für gewöhnlich auf die Einmischungen des Nanny-Staats in ihren Lebensstil. Sie verwenden viel Energie darauf, Rauchverbote in Frage zu stellen und sich über staatlich verordnete Kneipenöffnungszeiten aufzuregen. Nun stimme ich durchaus zu, dass all dies lästige und unnötige Eingriffe seitens des Staates sind, vorangetrieben durch arrogante Eliten, die glauben, dass geselliges Beisammensein immer in Gewalt und Chaos ende. Völlig klar: Individuen und private Unternehmen sollten selber entscheiden können, wie verraucht sie ihre Buden und wie betrunken sie ihre Gäste haben wollen. Und ja, es ist extrem lästig, dass man sich beispielsweise in manchen Teilen Australiens nach vier Uhr nachts nicht weiter besaufen kann oder in Grossbritannien noch nicht mal an einer verdammten Bushaltestelle rauchen darf. Aber das sind nur die äusseren Merkmale einer tiefgreifenden Eingriffslogik, die wir erst mal begreifen müssen.

Wir sehen uns heute im Westen mit Regierungen konfrontiert, die ihr Augenmerk von Infrastruktur- und Wirtschaftsfragen hin zu Verhalten, Gedanken und Beziehungen der einzelnen verlagert haben. Seit Anbruch der Moderne hatten Regierungen einen relativ eng gefassten Aufgabenbereich – ihre Aufgabe bestand darin, die Sicherheit des Landes zu gewährleisten, Wohlstand zu ermöglichen sowie Eigentum und Individuen vor Schaden zu schützen. Heutzutage wollen die Regierungen stattdessen das Innenleben ihrer Bürger überwachen.

Die Aufklärung basierte auf der fundamentalen Annahme, dass Regierungen sich nur mit den «nach aussen gerichteten» Dingen beschäftigen sollten, niemals aber mit den «inneren» Angelegenheiten. In seinem Brief über die Toleranz, veröffentlicht 1689, wollte John Locke, ein Vordenker der Aufklärung, die Grenzen zwischen Regierungs- und Moralfragen darlegen. Locke erklärte, die Regierung solle sich nur um die Sicherheit des Gemeinwesens, jedes Bürgers sowie von dessen Besitz bemühen. Mit den inneren

Überzeugungen der Bürger hingegen sollte die Regierung nichts zu tun haben. Oder, wie er es treffend formulierte, «dass der weltlichen Obrigkeit kein [...] Heil der Seelen obliege. [...] Stehet demnach die Sorge um die Seele in eines jeden eigner Macht und ist ihm zu überlassen.»

John Locke warf die Frage auf, was sei, wenn ein Mensch seine Gesundheit vernachlässige. Soll dann der Magistrat eine Sonderverfügung erlassen, dass der Mensch nicht krank werden dürfe? Und er antwortete: Nein, die Regierung habe den Leuten nicht zu sagen, wie krank oder gesund sie sein sollten. Wir sollten sogar die Freiheit haben, krank zu werden. «Die Gesetze gehen vornehmlich dahin, dass der Untertanen zeitliche Güter, Gesundheit, Leben vor fremder Gewalt möchten sichergestellt, nicht aber vor des Besitzers eigner Unachtsamkeit und Verschwendung bewahrt werden.»

Mit anderen Worten: Individuen können über ihren Körper und ihr Bewusstsein so frei verfügen, dass ihnen sogar erlaubt sein soll, sie dem Verfall preiszugeben. Es widerspricht den Werten der Aufklärung, dass die Machthaber ihren Herrschaftsanspruch auf unsere Mägen, Herzen, Lungen ausweiten wollen, auf unseren körperlichen und moralischen Gesundheitszustand. Das greift tief in unsere individuelle Souveränität und moralische Autonomie ein, in unser Recht, das eigene Schicksal selbst zu bestimmen, frei von jeglichem Beamtendiktat.

Ich weiss nicht, ob Sie sich noch erinnern, worum es bei der Demokratie ursprünglich einmal ging. Es scheint schon so lange her zu sein, dass man sie ernst genommen hat. Aber im Grunde ging es darum, dass eine gewählte Regierung die Gedanken und Überzeugungen des Volkes repräsentieren sollte. Heute nehmen Regierungen es selbst in die Hand, die Gedanken und Überzeugungen des Volkes zu verändern. Anstatt zu verkörpern, was wir denken, streben sie danach, uns verkörpern zu lassen, was sie denken.

Die Kolonialisierung des Geistes können wir am neuen Phänomen der «Glückspolitik» geradezu ideal beobachten. Quer durch die westliche Welt gibt es nun ganze Regierungssektionen und internationale Gremien, die sich damit beschäftigen, unsere Glückswerte zu messen und herauszufinden, wie diese erhöht werden können. Sie wollen unsere allerprivatesten Emotionen ganz genau kontrollieren. Dies ist ein ganz anderer Glücksbegriff als derjenige der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, dessen grosser Fan ich bin. Demnach steht jedem das Recht auf «Leben, Freiheit und das Streben nach Glück» zu. Kurz gesagt wird hier anerkannt, dass Glück nicht von oben verordnet werden kann, sondern von jedem Individuum selbständig erstrebt werden soll, durch die Gestaltung eines eigenen Lebensplans und moralische Autonomie. Heute haben wir in den Vereinten Nationen und den nationalen Regierungen Funktionäre, die ernsthaft annehmen, sie könnten uns glücklich machen, indem sie sich der Verstärkung dieser intimen Emotion widmen.

Ich bin versucht zu sagen, dass wir heute das Recht auf Unglück einfordern müssen – ausserdem das Recht, dick zu sein, be-

trunken, ungesund, umweltunfreundlich und beleidigend –, und zwar gegen unsere Machthaber, die glauben, sie könnten unsere Körper kontrollieren, unser Bewusstsein in Beschlag nehmen und unsere Emotionen transformieren.

Neben der Kolonialisierung des Körpers und des Bewusstseins werden auch unsere zwischenmenschlichen Beziehungen Opfer unerbittlicher staatlicher Einmischung. Die Einmischung nimmt viele verschiedene Formen an. Es gibt die Stigmatisierung ganzer Bevölkerungsgruppen, besonders einkommensschwacher Menschen, als «Problemfamilien» oder «Chaosfamilien», die offenbar permanente Unterweisungen von Sozialarbeitern und Experten benötigen. Es gibt das Phänomen von Elternschulen. In manchen Ländern können Eltern gezwungen werden, solche zu besuchen, wenn geurteilt wird, dass ihnen bei der Kinderpflege ein Fehltritt unterlaufen ist. Es gibt den zunehmend einflussreichen Nonsense über die Bedeutung der «frühkindlichen Entwicklung», wonach der gesamte Charakter und Lebensweg eines Individuums davon abhängig sei, was ihm in seinen ersten fünf Lebensjahren widerfährt. Daher gibt es nun überall auf der Welt, in Amerika, Europa und Australien, immer mehr «frühkindliche Interventionen», um Eltern zu instruieren, wie sie ihr Kind so erziehen, dass sie nicht gleich ihr ganzes Leben verkorksen. Die Idee des Schicksals wird wieder salonfähig, die Idee, das Los jedes Menschen werde von Kräften gesteuert, die ausserhalb unserer Kontrolle liegen.

Die neue Dogmatik schwächt die individuelle moralische Autonomie, indem sie die Menschen einlädt, sich in Fragen der Gesundheit, der Moral und des Gewissens auf den Staat zu verlassen statt auf ihr eigenes Urteilsvermögen. Sie beschädigt die Souveränität der Familie, indem Kindern vermittelt wird, Experten draussen könnten sie besser aufziehen als ihre eigenen Eltern, und indem Eltern angehalten werden, ihre Intuitionen und Handlungsweisen in Frage zu stellen. Ausserdem schwächt sie das Gemeinschaftsleben, indem immer mehr kleinkarierte Gesetze regeln, wie wir uns in unseren heimischen Sphären verhalten. Wir sind aufgefordert, den Raucher oder den Trinker als grosse Bedrohung unserer Lebensart anzusehen statt als spassige oder exzentrische Charaktere aus der Nachbarschaft. All dieses Aufoktroyieren von Regeln macht es für die Gemeinschaften selbst immer schwieriger, Verantwortung für antisoziales Verhalten zu übernehmen – die Gemeinschaften werden geschwächt und das gesichtslose Bürokratismus gestärkt.

Wollen wir das wirklich? Ich finde: es ist Zeit, aus dem dogmatischen Schlummer aufzuwachen – und Eigenverantwortung und moralische Autonomie zu stärken. Die Arbeit beginnt im Kleinen. Beginnen Sie morgen, indem Sie jemandem helfen. Oder noch besser: beginnen Sie jetzt. Schauen Sie in den Spiegel. Now! ◀

Dies ist eine gekürzte und redigierte Fassung eines Essays, den Brian O'Neill unter dem Titel «Nannies, nudgers and naggers: the new enemies of freedom» publiziert hat. Wir danken dem deutschen Magazin «NovoArgumente» für die Vermittlung und die Übersetzungsarbeit.